

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
05.02.2024

Berichtszeitraum: 1.01.2024 bis 05.02.2024

Inhalt:

- [EU-Entwicklungspolitik unter belgischem Vorsitz](#)
- [50 Mrd. EUR Hilfspaket für die Ukraine](#)
- [Nahost-Friedensinitiativen der EU](#)
- [Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten](#)
- [Strategische Rolle des Indopazifiks](#)
- [Die EU stärkt ihre Beziehungen zu Zentralasien](#)
- [Kurzmeldungen](#)



Entwicklungspolitik unter belgischem Vorsitz

Die allgemeinen [Prioritäten der belgischen Ratspräsidentschaft](#) sind bekannt. Doch welche Vorhaben strebt Belgien im Bereich internationale Zusammenarbeit in den kommenden Monaten an? Zentrale, entwicklungspolitische Anliegen sind die EU-Außengrenzen und Menschenrechte. Ganz oben auf der Agenda stehen daher der Pakt zu Migration und Asyl und die damit verbundene effiziente und humane Steuerung von Migration und Einwanderung sowie eine geeinte und effektive Reaktion auf Migrationskrisen. Die Afrikanische Partnerschaft spielt in diesem Kontext eine besondere Rolle, um eine enge Zusammenarbeit sicherzustellen und die uneingeschränkte Achtung des Völkerrechts zu gewährleisten.

Weitere Schwerpunkte sind die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie die Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt. Zudem will der EU-Rat unter belgischem Vorsitz den Aspekten der Nachhaltigkeit und dem Ausbau der Infrastruktur auf globaler Ebene Priorität einräumen. Dazu werden Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zur Förderung der globalen Gesundheitsstrategie angestrebt. Allen voran gilt es, Kohärenz herzustellen, um die Bereiche Entwicklung, Handel und Migration miteinander in Einklang zu bringen. LAURA LAHNER

50 Mrd. Hilfspaket für die Ukraine

Im Rahmen des [EU-Sondergipfels](#) einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten am 1. Februar 2024 auf zusätzliche Mittel für den langfristigen EU-Haushaltsplan 2021-2027. Der Großteil dieser Mittel wird in ein Hilfspaket für die Ukraine fließen. Mit einer Zusage von 50 Mrd. EUR soll die Fazilität das Land beim Wiederaufbau und bei der Modernisierung auf dem Weg zum EU-Beitritt unterstützen. Im Gegenzug erwartet die EU von der Ukraine die Ausarbeitung eines Reform- und Investitionsprogramms. Die finanzielle Unterstützung ist an die Einhaltung demokratischer Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte gebunden. Darüber hinaus einigten sich die Mitgliedstaaten auf zusätzliche 1,5 Mrd. EUR für Solidaritäts- und Nothilfe, 2 Mrd. EUR für Migration und Grenzschutz sowie 7,6 Mrd. EUR für die Nachbarschaftspolitik. LAURA LAHNER

Nahost-Friedensinitiativen der EU

Im Mittelpunkt der Beratungen der EU-Außenminister am 22. Januar 2024 in Brüssel zum Nah-Ost-Konflikt stand der kurz davor vom EU-Außenbeauftragten Josep Borrell veröffentlichte Entwurf eines [10-Punkte-Friedensplans](#): In seinem Kern beschäftigt sich dieser mit einer Reihe von notwendigen Schritten auf dem Weg zu einem Frieden im Gaza-Streifen, auf den die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staats, die weitere Normalisierung der Beziehungen Israels mit der arabischen Welt und langfristige Sicherheitsgarantien in der Region folgen sollen.

Auf den während des [Ratstreffens](#) separat geführten Gesprächen mit den Außenministern Israels, Saudi-Arabiens, Jordaniens, Ägyptens und der Palästinenserbehörde sowie mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga wurde von EU-Seite die katastrophale Situation in Gaza als „absolute und drängendste Priorität“ benannt. Man verständigte sich zudem auf gemeinsame Initiativen zur Wiederbelebung der 2-Staatenlösung. Bereits vier Tage zuvor, am 18. Januar, hatte das Europäische Parlament in einer [Resolution](#) einen dauerhaften Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien gefordert unter den Bedingungen, dass alle israelischen Geiseln „unverzüglich freigelassen und die Terrororganisation Hamas zerschlagen“ werde. Gleichzeitig wurde aber die „unverhältnismäßige militärische Reaktion Israels“ verurteilt. Die EU-Kommission wird die bevorstehenden Finanzierungsentscheidungen für das palästinensische UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA erst nach Prüfung der schwerwiegenden Vorwürfe der Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern an den terroristischen Anschlägen vom 7. Oktober treffen.

Dr. THOMAS LEEB

Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Ägypten

Das 10. Treffen des [Assoziationsrats](#) zwischen der EU und Ägypten am 23. Januar 2024 in Brüssel fiel mit dem 20-jährigen Jubiläum des Assoziationsabkommens von 2004 zusammen und zeigt die gewachsene Bedeutung der Kooperation und Partnerschaft zwischen beiden Parteien. Das vom Hohen Beauftragten für Außenpolitik Josep Borrell und dem ägyptischen Außenminister Sameh Shoukry gemeinsam geleitete Treffen zog eine erste positive Bilanz der 2022 vereinbarten Partnerschaftsprioritäten, wie Zusammenarbeit in Klimaschutz-, Energie-, Handels- und Wirtschaftsfragen. Deren Grundlage, das Bekenntnis zu einer regelbasierten Ordnung und Multilateralismus, wurde von beiden Seiten bekräftigt. Hinzu kommt auf sicherheitspolitischer Ebene der gemeinsame Einsatz für Stabilität, Frieden und Sicherheit im Nahen Osten, dem Mittelmeerraum und Afrika. In der Abschlusserklärung wurde die Absicht bekundet, die Beziehungen künftig zu einer umfassenden und strategischen Partnerschaft zu entwickeln. DR. THOMAS LEEB

Strategische Rolle des Indopazifiks

Der Indopazifik beheimatet 60 % der Weltbevölkerung, emittiert 60 % der globalen Treibhausgase und produziert mehr als 60 % des globalen BIP. Dies macht die Region zu einer Schlüsselregion für Europa, sowohl in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht als auch im Kampf gegen den Klimawandel. Die 2021 verabschiedete EU [Indopazifikstrategie](#) zeigt, dass man sich auf europäischer Ebene dieser zentralen Bedeutung bewusst ist. Gleichzeitig dient der regelmäßige Austausch beider Regionen dazu, die Zusammenarbeit in Bereichen wie Handel, Umwelt, Digitales und Sicherheit zu vertiefen.

In diesem Rahmen fanden am 1. und 2. Februar 2024 das informelle EU-Indo-Pazifik-Forum und das EU-ASEAN-Ministertreffen statt. Zu den wichtigsten Themen gehörten: umweltfreundlicher Handel, sichere Lieferketten, digitaler Wandel und sicherheitspolitische Entwicklungen. Eine gemeinsame [Erklärung](#) der EU und ASEAN-Staaten rundete das Ministertreffen ab. LAURA LAHNER

Die EU stärkt ihre Beziehungen zu Zentralasien

Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas reiste vom 15. bis 17. Januar 2024 in alle fünf zentralasiatischen Länder und tauchte sich mit den Präsidenten und Regierungsvertretern von Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan aus, um die Beziehungen weiter zu intensivieren.

Seine Gespräche dienten auch der Vorbereitung des Investorenforums für die Verkehrskonnektivität zwischen der EU und Zentralasiens, das am 29. und 30. Januar stattfand. Im Rahmen des [Forums](#) gab die EU bekannt, dass sie 10 Mrd. EUR in den Ausbau des transkaspischen Verkehrskorridors investieren wird, der seit den Sanktionen gegen Russland und den Iran an Bedeutung gewinnt. Auch das Europäische Parlament hob in einer Entschließung am 17. Januar die geostrategische Bedeutung der Region hervor. MICHELLE WIESNER

Kurzmeldungen HANNAH FONTAINE

Die EU nimmt das [Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen in der DR Kongo](#) vom Dezember 2023 zur Kenntnis, macht jedoch gleichzeitig auf Unregelmäßigkeiten im Wahlvorgang aufmerksam. Die DR Kongo wird dazu aufgerufen, diese zu untersuchen und transparent zu machen.

Nach den Angriffen der Huthi-Rebellen auf Frachtschiffe im Roten Meer, begrüßt die EU die [Annahme der Resolution 2722 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen](#) vom 10. Januar 2024 und verurteilt diese Angriffe scharf.

Eine [stärkere Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien](#) fordert das Europäische Parlament. Menschenrechte und Demokratie sollen zum Kernthema der Beziehungen und die Kooperation in den Bereichen Klima, Energie und Digitalisierung vorangetrieben werden.

Das Europäische Parlament verurteilt die [Menschenrechtsverletzungen in China, dem Sudan und Tadjikistan](#). In den verabschiedeten Entschlüssen wird zur Einstellung der Verfolgung von Minderheiten in China und zur Bereitstellung von EU-Soforthilfen für den Sudan aufgerufen sowie das Vorgehen gegen Medien und Menschenrechtsaktivisten in Tadjikistan scharf kritisiert.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Michelle Wiesner, Laura Lahner und Hannah Fontaine**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).